Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Auf dem Wege zum Rentnerstaat. / Unerfreuliche Aussichten einer solchen Entwicklung.

Auf die entscheidenden Wandlungen in Aufbau und Gliederung unserer schweizerischen Wirtschaft und unseres Volkskörpers macht ein aufschlußreicher Aufsatz von Dr. Jakob Lorenz (Freiburg) im Januarheft der „Schweizerischen Rundschau" (Benziger, Einsiedeln) aufmerksam. Lorenz unterscheidet zwischen kontinuierlichen und diskontinuierlichen Strukturwandlungen. Unsere Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat war eine kontinuierliche; sie wurde als angenehm empfunden, indem durch sie immer mehr Menschen Lebensraum und reichlicheres Auskommen erhielten. Diskontinuierlich ist eine Strukturwandlung, wenn sie bösartig erscheint, wenn die Märkte sich schließen, die bisher die eigenen Erzeugnisse aufnahmen; wenn das Wirtschaftsleben in seiner Entfaltung gehemmt wird, und zwar nicht nur durch vorübergehende Schwierigkeiten, wie sie bei jeder Krise auftreten, sondern wenn es zu einem Stillstand, ja zu einer Rückbildung der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung kommt. An einem solchen Wendepunkt stehe heute die schweizerische Volkswirtschaft. Eine Zeit lang habe man von einer „Übergangsperiode" nach dem Kriege gesprochen und damit gemeint, daß nach deren Ablauf einfach wieder die Vorkriegsentwicklung sich fortsetzen werde. Heute sei es aber deutlich, daß der Weltkrieg vielleicht überhaupt den Ausgangspunkt einer Neurichtung bedeute.

Die hauptsächlichsten Änderungen in den wirtschaftlichen Bedingungen für die Schweiz betreffen den Warenaustausch und den Kapitalverkehr. Im Jahre 1900 führten wir für 198 Millionen Franken mehr Lebensmittel ein als wir ausführten; im Jahre 1930 für 481 Millionen. Vor dreißig Jahren betrug unsere Mehreinfuhr an Rohstoffen 359 Millionen Franken, heute beträgt sie 737 Millionen. Unser einziger Aktivüberschuß in der Handelsbilanz, derjenige der Fabrikatausfuhr über die Fabrikateinfuhr, ist aber nicht etwa entsprechend gestiegen; im Gegenteil: während 1900 die Fabrikatausfuhr die Fabrikateinfuhr um 78 v. H. überstieg, übersteigt sie sie heute nur noch um 29 v. H. Das heißt also, daß wir einerseits einen fortwährend steigenden Verbrauch auswärtiger Erzeugnisse als Folge einer erhöhten Lebenshaltung haben; anderseits daß unsere Erzeugnisse immer schwerer Absatz finden. Die Ursachen dieser Absatzerschwerung sind in der Nationalisierung der Produktion zu sehen, die durch den Krieg ihren Höhepunkt erreichte, in der Industrialisierung der Rohstoffländer u. a. m. Dazu kommt die Verarmung vieler Völker im Gefolge von Krieg und Währungszerfall, so daß wir uns mit unserer reichen Lebenshaltung unmittelbar neben verarmten und ausgehungerten Völkern befinden.

Gewissermaßen als wirtschaftliches Gegengewicht für diese Wandlungen im Warenverkehr zeigt sich eine Richtungsänderung im Kapitalverkehr. Um 1910 schulden wir dem Ausland 1,5 Milliarden Franken, das Ausland uns 5 Milliarden. Heute beträgt unsere Schuld an das Ausland etwa 0,5, die Schuld des Auslandes an uns etwa 8 Milliarden Franken. Das erhöhte Einkommen aus der Kapitalausfuhr gleicht unsere Verluste aus der Erschwerung unserer Warenausfuhr aus. Es tritt bloß mehr und mehr das Kapitaleinkommen an Stelle des Arbeitseinkommens. Wir sind auf dem Weg zum Rentnerstaat! Was das für Folgen haben muß, ergibt sich aus folgenden Überlegungen: aus dem Einkommen aus der Kapitalausfuhr mögen neben den Zinsbezügern höchstens etwa 10,000 Bankangestellte in Form von Arbeitseinkommen beteiligt sein. Bei einem gleichhohen Reineinkommen unserer Hauptausfuhrindustrien (Seide, Baumwolle, Maschinen) sind aber weit über 100,000 Personen mit Arbeitseinkommen beteiligt. Schließlich verstärkt wachsendes Kapital- und zurückgehendes Ar-

beitseinkommen die Verschiedenheit der Lebenshaltung und führt damit zu einer Vertiefung der Klassengegensätze.

Aber nicht nur die Wirtschaft, auch der Volkskörper ist in den letzten Jahrzehnten tiefgreifenden Wandlungen unterworfen gewesen. So hat sich das Verhältnis von Land und Stadt stark verschoben. Von 1900 bis 1920 nehmen die selbständig Erwerbenden um 1000, die Beamten und Angestellten um 6500, die Arbeiter um 7300 Personen zu. Im Jahre 1900 beträgt der Anteil der unselbständig Erwerbenden, des sog. proletarischen Elementes, zwei Drittel, heute dürfte er vier Fünftel der Bevölkerung betragen. Das bedeutet einen ständigen Fortgang der Proletarisierung der Bevölkerung. Damit Hand in Hand geht ihre Verstädterung: die ländliche Bevölkerung nimmt von 1900—1920 um 275,000, die städtische um 500,000 zu. Die städtische Lebensweise erschwert aber eine Anpassung an veränderte Wirtschaftsbedingungen. Die proletarisierte und verstädterte Bevölkerung verliert Einblick und Überblick über das Wirtschaftsleben und neigt dazu, dessen Fragen rein nach dem Klassen- oder Interessengesichtspunkt zu betrachten. Schließlich zeigt unser Volkskörper auch Anzeichen der Überalterung. Man wird heute durchschnittlich mehrere Jahre älter als noch vor wenigen Jahrzehnten. Das bedeutet länger dauernde Arbeitskraft, Veralterung der Arbeitskräfte und zugleich deren Vermehrung mit der unvermeidlichen Folge der Arbeitslosigkeit auch bei guter Konjunktur.

Die Änderungen im wirtschaftlichen Aufbau gehen also auf Einengung unserer Lebensmöglichkeiten und verlangen Anpassung und Bescheidung. Die Änderungen im Volkskörper zeigen umgekehrt an, daß dieser starrer, älter, anspruchsvoller und anpassungsunfähiger geworden ist. Fast hundert Jahre lang dehnte sich der schweizerische Lebensraum aus und erlaubte einer doppelten Bevölkerungszahl ein reicheres Leben. Heute stehen wir vor einem Wendepunkt der Entwicklung. Das kommt in einer zunehmenden Beunruhigung zum Ausdruck. Man spürt, daß nicht mehr alles geht wie früher. Wir werden es in der Schweiz besonders schwer haben, uns in die neuen Verhältnisse zu finden, weil unser Volk nicht, wie andere Völker, durch Krieg und Not hindurchgegangen und nicht gezwungen worden ist, sich zu bescheiden und anzupassen. Lorenz hält solche Wenden aber für geeignet, „geistigen Umwälzungen Raum zu geben". Spannungen verlangten Spannkraft. Möglichst hohe Lebenshaltung werde nicht mehr als letzter Daseinszweck erscheinen. Nicht Materialismus, nur Idealismus werde dieser Lage Herr werden. In diesem Sinne könne man die heutigen Spannungen, wie sie sich in den Änderungen in Aufbau und Gliederung unserer Wirtschaft und unseres Volkskörpers zeigen, nur begrüßen.

* * *

Die „Spannungen" begrüßen auch wir. Wenn etwas den schlafenden Geist zu wecken und wieder zur Herrschaft über eine entseelte Welt zu führen vermag, dann sie. Aber die Wandlungen und Vorgänge im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau unseres Volkes, deren Begleiterscheinung sie sind, scheinen uns trotzdem einer solchen geistigen Erweckung und politischen Erneuerung abträglich. Vom Gesichtspunkt des katholischen Volksteils und Glaubens aus mag sich die Sache in etwas günstigerem Licht zeigen. Die Entthronung der Stadt von ihrer heutigen Vormachtstellung wird den katholischen Landkantonen zu vermehrter Geltung und Bedeutung verhelfen. Die durch die Not der Zeit erzwungene Wiederbesinnung, daß der Sinn des Lebens sich nicht im Erraffen und Besitz materieller Güter erschöpft, erhöht den Wert einer jenseitigen Glaubenslehre, wie der katholischen. Aber für die Gesamtheit unseres Volkes als einer lebendigen, im schweizerischen Staat verkörperten Gemeinschaft ist das anders. Die Einengung des Lebensraumes, die uns nach der Meinung von Lorenz endgültig bevorsteht, muß in erster Linie zu einer Bevölkerungsbeschränkung durch Geburtenverminderung führen. Dadurch wird unser Volkskörper noch mehr „überaltert" als er es heute schon ist, was sicherlich eine

geistige Erneuerungsbewegung kaum fördert. Weiter kann auch nicht mit einer namhaften Rückwanderung städtischer Bevölkerung auf das Land gerechnet werden, weil die Landwirtschaft kaum einer größeren Zahl von Personen genügenden Verdienst und Lebensmöglichkeit zu bieten vermag, als sie es heute tut. Mittelstand und Kleinbürgertum, die hauptsächlichsten Träger der neuen Eidgenossenschaft des 19. Jahrhunderts, werden also, einschließlich der Industriearbeiterschaft, zu einem großen Teil zufolge der äußeren Absatzschrumpfung verarmen, was wiederum, durch Verminderung ihrer Kaufkraft, zu einer Schrumpfung des inneren Marktes und einer ungünstigen Rückwirkung auf die Landwirtschaft führen muß.

Ihren Vorteil findet bei diesen Verhältnissen eigentlich nur die verhältnismäßig kleine Schicht derjenigen, die über ein größeres Kapitaleinkommen verfügen. Denn wenn auch das Arbeitseinkommen zurückgeht, so hat sich bisher doch dasjenige aus dem Kapitalexport vermehrt. Es ist daher durchaus nicht zufällig, wenn die wirtschaftlich — und das bedeutet bei unserm augenblicklichen staatlichen Zustand zugleich auch politisch — ausschlaggebende Schicht in der Mehrzahl die durch den Weltkrieg geschaffenen Verhältnisse begrüßt und als für unser Land günstig hingestellt hat. Man sieht eben die Zahl derer, mit denen man sich in den „Rahm" teilen muß, verringert. Man glaubt dem harten — wenn auch durchaus erfolgreich bestandenen — Wettbewerbskampf der Vorkriegszeit endlich entronnen zu sein und sich einem behaglicheren und bequemeren Lebenserwerb und Lebensgenuß hingeben zu können, vorausgesetzt, daß der verhaßte Hauptkonkurrent nicht wieder emporkommt. Um ihn dauernd niederhalten zu helfen, reiht man sich denn auch seit Kriegsende in die Front der andern „Rentner"-Nationen ein. Noch vor kurzem warnte die „Neue Zürcher Zeitung" vor den „weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Gefahren, die sich aus einem Versuch Deutschlands, die Reparationen vollständig abzuschütteln, für Gegenwart und Zukunft ergeben könnten"; in der Privatwirtschaft erwiesen sich nämlich „sanierte Unternehmungen später bekanntlich manchmal als überlegene und gefährliche Konkurrenten im Kampf um den Absatzmarkt". Die deutsche „Sanierung" erblickt die „Neue Zürcher Zeitung" dabei in dem Dahinfall der inneren Verschuldung des deutschen Staates durch den Währungszerfall. Daß das deutsche Volk, der Träger der deutschen Produktion (der Staat produziert bekanntlich nicht, sondern ist nur eine Vermittlungsform), genau um so viel ärmer geworden ist, als der deutsche Staat Schulden los wurde, und daß die „nichtsanierten" Nationen genau um den Betrag reicher sind, den ihr Staat noch an inneren Schulden führt, und daß daher Deutschland, auch nach Streichung der Reparationen, für die Wiederaufnahme des Wettbewerbs auf dem Weltmarkt den genau gleich schweren Bedingungen untersteht wie die „nicht-sanierten" Völker und, wenn es wieder zu einem „überlegenen Konkurrenten im Kampf um den Absatzmarkt" würde, es das einzig und allein seiner Tüchtigkeit und Unverwüstlichkeit seiner Lebenskraft verdankte, geht nicht in die Überlegungen der „Neuen Zürcher Zeitung" ein. Denn das ist eben das Kennzeichnende des „Rentner"-Standpunktes: sich in seiner bevorzugten Stellung unter keinen Umständen beeinträchtigen lassen, auch wenn Andere sich längst durch ihr Können ebenfalls das Anrecht auf eine solche erworben hätten. Es ist genau der Standpunkt der Stadtzürcher gegenüber der aufstrebenden Landschaft im 18. Jahrhundert. Tüchtigkeit hin, Tüchtigkeit her: wer gegen die hergebrachte und für den Inhaber von Besitz und Gewalt so bequeme Ordnung verstieß, bekam mitleidslos die Gewalt der Herrschenden zu fühlen.

Daß die Schlußrechnung des „Rentner"-Standpunktes nicht stimmt, hat das klägliche Ende der alten Eidgenossenschaft gezeigt. Daß sie heute ebenso wenig stimmen wird, zeigen zwei Überlegungen: einmal, was soll mit dem überzähligen Volksteil, der durch die Absatzbeschränkung nicht mehr ernährt werden kann, geschehen? Im ausgehenden Mittelalter, als der mitteleuropäische Wirtschaftsraum zerfiel und sein Leben zurückblieb und erstarrte, ließ man fremde Herrscher die über-

zähligen Volksangehörigen, gegen gehörige Entschädigung in die eigene Tasche, zum Führen ihrer Kriege und Schlagen ihrer Schlachten anwerben. Heute dürfte eine solche Verwendungsmöglichkeit kaum mehr, wenigstens nicht im nötigen Umfang, bestehen. Ganz ohne Widerstand und inneren Kampf wird aber das „Verarmen" und „Verhungern" der betreffenden Volksmassen auch nicht vor sich gehen. — Und die zweite Überlegung (ihr kann sich heute insbesondere die Bankwelt nicht verschließen): die zwischenstaatliche Verstrickung in Geld- und Wirtschaftssachen ist zu weit fortgeschritten; fällt ein Glied aus der, eine Art Gesamtunternehmung bildenden Weltwirtschaft aus, dann können auch die andern Glieder den bisherigen Lebens- und Bevölkerungsstand nicht durchhalten. Vor allem aber etwas zu allernächst Liegendes: „im Interesse der Stabilisierung der Währung und im Interesse der Konsolidierung seiner Wirtschaft, weil gerade die Stabilisierung der Währungen für den Welthandel und die Exportindustrien von größter Bedeutung ist" (Dr. Bindschedler von der Schweizerischen Kreditanstalt in seiner Lausanner Rede vom September vorigen Jahres), hat man Deutschland Anleihen und Kredite gewährt. Und diese sind heute gefährdet, wenn man nicht mit der Überwälzung eines Teils der Kriegskosten auf den Besiegten, dessen Wirtschaft dadurch erdrückt wird, Schluß macht. Die äußeren Schulden Deutschlands, bezw. die Forderungen seiner ausländischen Privatgläubiger, könnten eines Tages zerrinnen wie die Forderungen seiner Volksangehörigen, seine inneren Schulden zerronnen sind. Darum ist man augenblicklich ziemlich in der ganzen Welt, mit Ausnahme Frankreichs (und damit natürlich auch der „Neuen Zürcher Zeitung"), für eine Aufhebung dieses einen Teiles des unsinnigsten und unvernünftigsten Friedensvertrages, der wohl je in der Weltgeschichte — zum Nachteil aller Beteiligten — geschlossen worden ist. Gelingt es nicht, in den nächsten Monaten Frankreich zur Einsicht zu bringen oder seinen Willen zu brechen, dann dürfte allerdings die rückläufige Entwicklung, die Rückbildung der Weltwirtschaft mit all ihren Folgen einer Verengung des Lebensraumes der einzelnen Volkswirtschaften, die dann weder den bisherigen Lebens- noch den bisherigen Bevölkerungsstand mehr aufrechtzuerhalten vermöchten, und damit auch einer Rückbildung der Schweiz zum überalteten, politisch und geistig unschöpferischen Rentnerstaat, unaufhaltsam sein.

Zürich, 25. Januar 1932.

Hans Oehler.

Aus den Landesteilen.

Die Nationalratswahlen und die Abstimmung vom 5./6. Dezember in der Waadt.

Die Wahlen der Abgeordneten zur Bundesversammlung standen im Zeichen des „Kantönligeistes". Wohl hatten die bürgerlichen Parteien Programme aufgestellt, die für die Gesamtheit der eidgenössischen Wähler bestimmt waren, geschlagen wurde aber die Schlacht getrennt; jede Kantonspartei kümmerte sich ausschließlich um ihre Abgeordneten und die Vorteile, die ihre Wahl der Partei einbringen könnten; Männer eidgenössischen Formates waren selten anzutreffen.

Da der Wahlakt so stark mit kantonaler Politik verbunden war, lohnt es sich, eine kurze Schilderung der Wahlschlacht im Waadtland zu geben, die bereits im Zeichen der Abstimmung vom 5./6. Dezember geschlagen wurde. Man muß in der deutschen Schweiz die waadtländische Deputation etwas näher kennen lernen, ist sie doch bereit und auch befähigt, in der kommenden Legislaturperiode eine wichtige Rolle zu spielen, gemäß ihrer Überzeugung, daß die Waadt immer mehr dazu berufen sei, in der eidgenössischen Politik eine ausschlaggebende Haltung einzunehmen.

Als am 15. Oktober die Wahlversammlung der radikal-demokratischen Partei in Lausanne tagte, war diese Partei siegesgewiß auf dem Gipfel der Macht. Seit

Jahrzehnten in beherrschender Stellung am Ruder des Staatsschiffes, einflußreich auf dem Lande — und bis vor einigen Jahre bedeutete das „Land" beinahe alles im Kanton Waadt —, sah sie dem Gang zur Urne mit Ruhe entgegen. Nicht der leiseste Zweifel beschlich ihre Führer, daß der Ansturm von links — mochte auch der Kampf in der deutschen Schweiz noch so heftig toben — in der Waadt jedenfalls abgebremst, wenn nicht sogar zurückgeworfen werde; nicht der leiseste Zweifel auch, daß die Abbröckelung auf der Partei-Rechten, die in den letzten Jahren etwas von sich reden machte, zum Stillstand gebracht werden könnte. Den Verlust des 16. Mandates, das die Waadt infolge der Reorganisation des Nationalrates zu gewärtigen hatte, glaubte man auf die Sozialdemokraten abwälzen zu können.

Im Vergleich mit ihren Farbenbrüdern in der deutschen Schweiz gingen die Waadtländer Sozialisten nur zaghaft in den Kampf; es fehlt dem waadtländischen Sozialismus an Köpfen, wie wir sie in der deutschen Schweiz (bei Grimm, Klöti und Schmidt) finden; und übrigens muß auch gesagt werden, daß der „Marxismus", wenigstens in seinem theoretischen Teil, der waadtländischen Volksseele — und diese Volksseele beschwingt auch die übrigens nicht sehr zahlreiche Arbeiterpartei — gar nicht entspricht.

Rechts der radikalen Partei aber, da wußte man es, da bröckelte die Bauernpartei, die auf Waadtländer Boden nie recht hatte Fuß fassen können, langsam ab, richtete sich doch der Angriff der Radikalen in erster Linie — neben den Auseinandersetzungen mit den Sozialisten — gegen diese bäuerlichen Abtrünnigen, die unter keinen Umständen mächtig, ja nur wichtig werden durften, wenn nicht das Ansehen der radikalen Partei schwerste Einbuße erleiden sollte. Über diesem Gefecht gegen die rote und die grüne (oder violette, wie man sie hier nennt) Front vernachlässigte die radikale Partei die Auseinandersetzung mit ihrer Wahlgenossin und gefährlichsten Rivalin, der liberal-konservativen Partei, die unter Führung der stets glänzend geleiteten, immer auf Kampf eingestellten „Gazette de Lausanne" eine mächtige Wahlpropaganda entwickelte, die mit den im Welschland jederzeit zügigen Parolen von Antietatismus, Dezentralisation und Förderalismus nicht nur die alten Parteigänger begeisterte, sondern auch bei den stets zahlreicheren, mit dem Gang der Ereignisse und der Geschäfte Unzufriedenen — inzwischen fing sich auch die Krisis im Waadtland schärfer auszuwirken an — starken Anklang fand.

Das Ergebnis der Wahlen lautete denn auch etwas anders, als die Leiter der radikalen Partei es erwartet hatten. Wohl bleibt die Partei die bei weitem stärkste im Kanton, aber sie scheint an Zugkraft, besonders in den Städten, eingebüßt zu haben; sie verlor beträchtlich an Stimmen, was allerdings mit Stimmfaulheit zu erklären versucht wurde; sie teilte das Los der Freisinnigen Partei in der übrigen Schweiz, indem das überzählige Mandat des Kantons von ihr verloren wurde. Dieser Rückgang an Stimmzahlen ist um so auffallender, als die radikale Liste durchaus Namen trug, die weiten und guten Klang im Land herum hatten. So wie sie ist, läßt sich die waadtländische radikale Abordnung wohl sehen. An ihrer Spitze steht Regierungsrat Fazan, der seit langen Jahren das Finanzdepartement mit Energie und Umsicht leitet. Ihm zur Seite steht der beste Redner der Gruppe, der Lausanner Rechtsanwalt Vallotton, der sicher immer ins Treffen geschickt werden wird, wenn die „prérogatives vaudoises" zu verteidigen sind. Die Herren Mayor, Mermod und Pitton werden die landwirtschaftlichen Interessen des Kantons mit Kompetenz vertreten, ohne aber auch nur einmal den Zusammenhang mit der übrigen freisinnigen Kantonsgruppe zu verlieren. Handel und Industrie stimmten für Herrn Béguin, Mitglied der waadtländischen Handelskammer; er ist zwar von Beruf Advokat, bei der Aufstellung der Liste besann man sich aber im letzten Moment, daß Handel und Industrie doch wohl nicht ausschließlich durch Bauern und Advokaten vertreten zu werden wünschten, und man brachte Herrn Béguin als Mitglied der Handelskammer in Vorschlag. Als siebenter Abgeordneter

wurde der Lausanner Syndic Perret gewählt, doch wird er seinen Einzug in Bern nicht halten, da er inzwischen zum Regierungsrat gewählt worden ist, was eine Unvereinbarkeit schuf. Ein junger, talentvoller Journalist, Herr Pierre Rochat, bis dahin Redaktor an der „Revue" und nunmehr seit kurzem Stadtrat, wird nun die Abordnung vervollständigen.

Die Sozialisten, denen es, wie bereits gesagt, an zügigen Führern fehlt, bewahren ihren Besitzstand und ziehen vier Mann stark ins Bundeshaus. Ihr bester Mann ist Paul Golay, ein guter Journalist, der aber nicht über die Überzeugungskraft der Grimm und Klöti verfügt; Paul Perrin ist Gewerkschafter und wird sich besonders um Lohnfragen kümmern. Die Herren Masson und Dr. Gloor sind Lausanner Lokalgrößen.

Von vielen Landwirten im Stiche gelassen, wurde die Bauernpartei arg geschlagen und konnte den vor drei Jahren gemachten Vorsprung nicht halten. Es würde zu weit führen, wenn wir hier allen wirtschaftlichen Gründen, die diesen Verfall verursachten, nachgehen würden. Als einziger waadtländischer Parteiabgeordneter wird Herr Oberst Roulet sich dem Gros der schweizerischen Bauernpartei anschließen können, nachdem der verdienstvolle Gründer und Führer der Partei, Herr Wulliamoz, der auch die Achtung seiner politischen Gegner besaß, geschlagen wurde; er erhielt allerdings nur zwei Stimmen weniger als sein glücklicher Parteigenosse.

Die Siegerin des Tages aber war die liberal-konservative Partei, die ihren vor drei Jahren verloren gegangenen Sitz zurückgewinnen konnte. Großratspräsident Gorgerat machte dabei als erster das Rennen; das hat seine Bedeutung, denn Herr Gorgerat, der Verfasser des Buches „Nous autres Vaudois", ist ein Föderalist schärfster Richtung, dessen Gegnerschaft gegen die Alters- und Hinterbliebenenversicherung jedermann bekannt war. Der frühere Führer der Partei, Staatsrat Bujard, verlor wohl wegen seiner Parteinahme für die Altersversicherung einige hundert Stimmen. Der dritte liberale Abgeordnete kommt aus Montreux; es ist Rechtsanwalt de Muralt, dem u. a. auch die Verteidigung der Interessen der schwer geprüften einheimischen Hotellerie anvertraut ist.

Abgesehen von den Sozialdemokraten, die mit ihren Parteigenossen der deutschen Schweiz stimmen werden und vielleicht auch des Bauernvertreters, ist die waadtländische Deputation stark kantonalistisch eingestellt, stärker als vor drei Jahren, was sich schon darin zeigt, daß die Stadt Lausanne, die Hochburg des föderalistischen Staatsgedankens, nicht weniger als drei Abgeordnete nach Bern sendet, während sie vor drei Jahren leer ausging. Im Vertreten der Kantonsinteressen werden die Radikalen den Liberalen in nichts nachstehen und wir irren uns nicht, wenn wir voraussagen, daß die Herren Gorgerat und Vallotton, die besten Redner ihrer Parteien, immer zu hören sein werden, wenn die Kantonssouveränität zu Recht oder Unrecht verteidigt werden soll.

* * *

Das Ergebnis der Nationalratswahlen in der Waadt ließ erkennen, daß der Kanton trotz der offiziellen Parole die Alters- und Hinterbliebenenversicherung ablehnen würde. In der Tat wurde der Feldzug gegen das Gesetz immer heftiger und erreichte in den letzten Tagen vor der Abstimmung einen Höhepunkt, der nicht mehr zu überbieten war. Sammelpunkt der Kritik und des Angriffes bildete wiederum die „Gazette de Lausanne", die den Kampf, in dem sich besonders ihr Berner Berichterstatter auszeichnete, mit größter Leidenschaft führte. Es blieb denn auch nicht lange zweifelhaft, daß es die „Gazette" war, die das Ohr der Wählerschaft hatte, und nicht die Regierung, die für die Volksversicherung eintrat. Allerdings hielt sich auch diese — die wohl über die Stimmung auf dem Lande orientiert war — eher im Hintergrund, im Gegensatz zum Organ der Radikalen, der „Revue", die die Schlacht bis zum letzten Tag durchkämpfte. Wohl hielt Herr Bundesrat

Pilet-Golaz am zweiten Parteitag der radikalen Partei im November in Lausanne eine eindrucksvolle und packende Rede zu Gunsten des Gesetzes — das Beste, was im Waadtland darüber gesagt wurde —, und der Parteitag endigte unter dem Eindruck dieser rednerischen Leistung mit einer machtvollen Kundgebung für die Annahme der Versicherung; wohl fand sich auch im Großen Rat eine Zweidrittelsmehrheit für Empfehlung des Gesetzes an das Volk, allein die Stimmung in der Öffentlichkeit blieb rätselhaft und kühl und seitens der Regierung wurden keine besonderen Anstrengungen aufgewendet, um dem Volk die Versicherung mundgerechter zu machen. Sie schickte vornehmlich den Unterrichtsdirektor Maurice Paschoud ins Feuer, der aber inzwischen zum Bundesbahndirektor ernannt worden war und somit als Regierungsmann nicht mehr Rücksicht auf seine Stellung zu nehmen brauchte. Der Berner Berichterstatter der „Gazette" ließ sogar durchblicken, daß die Wahl des Herrn Paschoud in das Direktorium der S. B. B. der Lohn für die Haltung der waadtländischen Regierung für ihre bejahende Haltung der Versicherung gegenüber sei, ein Gerücht, das allerdings von der Gesamtregierung sogleich dementiert wurde.

Da auch die Sozialisten, wohl infolge der schleichenden Krisis, nur halb bei der Sache waren, die Bauernpartei aber die Stimme freigab, kam es wie es kommen mußte: die Waadt hat am 5./6. Dezember einmal mehr ihr wuchtiges „Nein" in die eidgenössische Wagschale geworfen. Geschlagen wurde dabei weniger die Regierung, die ja nur das Los aller offiziellen Stellen teilte, die die Volksversicherung empfohlen hatten, als das Organ der radikal-demokratischen Partei, die „Revue", die bis zuletzt den Kampf, auch als schon sicher stand, daß er aussichtslos war, durchführte, und die von einem großen Teil ihrer Leserschaft einfach im Stiche gelassen wurde. Geschlagen wurde auch Herr Pilet-Golaz, der sich mit der Überzeugungskraft des verantwortlichen Staatsmannes für die Versicherung eingesetzt hatte. Wird Herr Pilet-Golaz das tragische Los einiger seiner Amtsvorgänger teilen, nämlich die Gunst seiner eigenen Landsleute zu verlieren, wenn er, nach Meinung seiner engeren Mitbürger, als Bundesrat allzu oft den eidgenössischen Standpunkt vertritt, und dieser Standpunkt nicht mit den Wünschen des Kantons in Einklang steht? Zu den Geschlagenen gehört auch Bundesrat Schultheß, der in weiten Kreisen mit einer Heftigkeit sondergleichen angegriffen wurde.

Es ist unzweifelhaft, daß diese Wahlen und diese Abstimmung im Zeichen eines extremen Föderalismus standen. Dieser extreme Föderalismus verbindet sich in letzter Zeit in der Westschweiz und vornehmlich in der Waadt mit einem an und für sich nicht zu verurteilenden kulturellen Regionalismus, der aber über das Ziel hinaus zu schießen droht. Wir werden es bald nicht mehr mit bloßen Föderalismen und Föderalisten zu tun haben; auch im Rahmen der Eidgenossenschaft wird es fortan so etwas wie Nationalismus und Nationalisten geben.

Die Waadt hat nun in der Westschweiz unbedingt die politische Führung an sich gerissen und die Geschlossenheit ihrer öffentlichen Meinung, die es ihren Mandataren in Bern erlaubt, bestimmt und zielbewußt aufzutreten, gibt dem politischen Willen des Standes eine ganz eigenartige Stärke. Es ist aber Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß dieser politische Wille nicht so sehr auf eine Stärkung des gesamteidgenössischen Bundes, als eher auf eine Auflockerung des bundesstaatlichen Gedankens hinzielt. Die rückhaltlose Bejahung der Armee — die Waadt gehört zurzeit zu den am wenigsten mit militärgegnerischem Geist behafteten Ständen — darf darüber nicht hinwegtäuschen. In den Augen des waadtländischen Bürgers dient die Armee in erster Linie der Verteidigung der kleinbürgerlichen Ordnung, wie sie sich besonders scharf in der Westschweiz ausgebildet hat, gegen etwelche Umsturzversuche der verhaßten Sozialdemokratie und dem noch verhaßteren Kommunismus. Im geistigen Auge des „Bourgeois de Lausanne" steht der schweizerische Milizsoldat nicht Schildwache an der Westgrenze des Landes; der grüne Waffenrockträger blickt

Front gegen Norden, wo der „Bourgeois" Neues, Unheimliches und für ihn Unerwünschtes vermutet und fürchtet. Man muß gegen den „péril socialiste" und gegen den „péril bolchéviste", sowie gegen den nebelhaft empfundenen „péril allemand" bewaffnet sein. „Périls socialiste et bolchéviste" und „péril allemand" sind, sowohl für die Elite, wie für die Masse des waadtländischen Volkes eines und dasselbe.

Lausanne, Anfang Januar 1932. Rudolf Merz.

Zur politischen Lage.

Es wird überall fortgewurstelt. / Die Entwicklung der Flamenfrage in Belgien.

Gerade ist der Völkerbundsrat wieder an der Bereinigung der mandschurischen Frage. Es kann kein Zweifel bestehen, daß diesmal angesichts der „Rechtslage" die Chinesen gänzlich Unrecht bekommen werden. Diese neue „Rechtslage" wird in den internationalen Beziehungen eben dadurch geschaffen, daß jetzt die Japaner mit bewaffneter Hand alles gewonnen haben, was sie wünschten, und daß sie darüber keinen Zweifel aufkommen lassen, daß sie diesen Gewinn unter keinen Umständen aufgeben werden. Dafür hat das Schicksal der amerikanischen Note nach Ostasien, die ja in deutlicher Sprache abgefaßt war, Zeugnis abgelegt; sie ist einfach ein Stück Papier ohne jede Wirkung geblieben. Und wohl oder übel hat man sich in Washington bisher mit dieser Behandlung abgefunden, die sich vor wenigen Jahren noch keine Großmacht hätte bieten lassen. Es ist ohne weiteres klar, daß der Völkerbund bei einer solchen Sachlage im besten Falle geräuschlos über die Klippe hinwegkommt. Da China sich dagegen wehren wird, so wird es ihm wohl nicht sehr gut gehen; im besten Fall wird es einige Beileidsbezeugungen von kleineren Größen des Völkerbundsrates mit nach Hause nehmen. Der Fall Mandschurei ist einstweilen praktisch erledigt und die Chinesen müssen es sich gefallen lassen, daß ihnen Japan im eigentlichen China nun auch noch auf den Pelz rückt. So gestalten sich die Beziehungen zwischen dem Starken und dem Schwachen heute im Zeitalter des internationalen Schiedsgerichts, der Abrüstung und des Völkerbundes. Man wird da allerdings schon ein starkes Vergrößerungsglas anwenden müssen, um eine Besserung gegenüber der frühern „Ära der Gewaltpolitik" herauszufinden. Oder etwa nicht?

Inzwischen ist man in Europa nach der Erledigung des ostasiatischen Zwischenspiels wieder an die Ordnung der eigenen Angelegenheiten gegangen. Bereits ist die Reparationskonferenz nach langen vorbereitenden Verhandlungen vor ihrer Geburt schon aufgeflogen. Man hat eingesehen, daß man sich doch nur längst bekannte Dinge sagen könnte, während an den entscheidenden Stellen in Paris der Willen zur vernünftigen Lösung fehlt. So hat man es nicht einmal für nötig gehalten, so viel Rücksichten auf die öffentliche Meinung zu nehmen, daß man einige schöne Reden zu ihrer Nasführung hielt, sondern man hat einfach alles abgeblasen.

Bei den internationalen Verhandlungen aber, die dieser nicht nur für die Lausanner Hoteliers tragischen Wendung vorausgegangen sind, hat es sich wieder einmal — mindestens zum 365. Male — gezeigt, wo in der europäischen Politik die stete, beharrliche Kraft liegt, die schließlich immer obenaus schwingt. Es hat sich in Frankreich die nationale Einheitsfront gebildet und darauf gestützt hat die Regierung Laval überall ihre kategorischen Erklärungen abgegeben, die weitere Verhandlungen unnütz machen. Der Standpunkt Frankreichs ist dabei der alte: Keine Abrüstung ohne Sicherheit! Da es aber Sicherheit für Frankreich nie genug geben kann, so will es auch von der Abrüstung nichts wissen, die ihm als stärkster Militärmacht der Welt doch nichts bieten kann. Sicherheit nur scheint Frankreich in erster Linie durch das Niederhalten von Deutschland zu erreichen. Das bedeutet also starres

Festhalten an dem Versailler Vertrag und ebenso starres Festhalten an den Reparationen. Nach diesen Grundsätzen handelt die heutige französische Politik. Sie kann sich das leisten, ohne irgendwie Rücksichten auf die übrige Welt nehmen zu müssen, weil Frankreich die nötigen Machtmittel militärischer und finanzieller Art in den Händen hat. Den Erfolg kann ihr dabei einstweilen niemand streitig machen.

Einen ausgezeichneten Gradmesser für diese heutigen französischen Auffassungen bilden die jüngsten Äußerungen des großen Europäers Herriot. Dieser Volksmann aus Lyon besitzt bekanntlich ein außerordentlich feines Empfinden für die jeweils aussichtsreichsten Auffassungen in den französischen Massen. Er hat es denn auch immer verstanden, als waschechter Linkspolitiker immer rechtzeitig Anschluß an den strammen Nationalismus zu gewinnen. Und so sehen wir Herriot heute wiederum als Nationalist reinsten Wassers sich gebärden. Mit starken Tönen rückt er den Deutschen auf den Leib, denen er erst noch schöngeistige Vorträge gehalten hat und von denen er weidlich bejubelt worden ist. Herriot sieht bereits nicht nur die bequemen Einnahmen aus den Reparationen in Gefahr, sondern alle Errungenschaften des Versailler Friedens. Er befürchtet, Deutschland könnte das Saargebiet, Elsaß-Lothringen, seine Kolonien u. s. w. zurückfordern. Und so begibt er sich eben auf den Kriegspfad und ruft zur Rettung des Vaterlandes auf. Dabei ist es besonders bezeichnend, daß er in erster Linie das Saargebiet als gefährdete Errungenschaft Frankreichs nennt. Er ist damit einmal offenherzig und sagt, wie man in Frankreich die Völkerbundsverwaltung des Saargebiets auffaßt. Er zeigt aber auch, daß man in Frankreich gar nicht daran denkt, im Jahre 1935 das Saargebiet aufzugeben, sondern diese französische Errungenschaft zähe festhalten will. Und das sind Gedanken eines französischen Linkspolitikers!

Unter solchen Vorzeichen geht man der großen Abrüstungskonferenz entgegen, die ein Ausmaß annehmen wird, wie bisher noch keine andere Konferenz. Mit kindlich gläubiger Erwartung sieht ein Teil der biederen Schweizer diesem Ereignis entgegen, von dem man Wunder erwartet. Andere erklären schon zum vornherein, daß es bereits einen Erfolg bedeute, wenn nur ein weiteres Ansteigen der Rüstungen verhindert werden könne. Man ist also vorsichtig und öffnet sich für den Fall der Fälle bereits ein Türchen, damit man beim Ausbleiben eines Erfolges doch einen Erfolg finden kann. Das ist das Schicksal der internationalen Konferenzen seit 1918. Im alten Österreich bezeichnete man diese Politik mit diesem treffenden Ausdruck als Fortwursteln!

* * *

Gerade wie auf dem internationalen Boden die Schwierigkeit außerordentlich ist, aus dem einmal begonnenen Fortwursteln wieder herauszukommen, so sehen wir dasselbe auch in den Einzelstaaten bei den einmal verfahrenen Fragen. Dafür bietet ein schlagendes Beispiel die Entwicklung der flämischen Frage in Belgien. Seit einem Jahrhundert, seit Belgien besteht, dauert nun der Kampf der Flamen um die Gleichberechtigung ihrer Sprache an und es ist ihnen bei weitem noch nicht gelungen, dieses für uns Schweizer selbstverständliche Recht zu erkämpfen. Wie die Verhältnisse in Wirklichkeit heute noch liegen, trotzdem so und so viele Sprachengesetze ergangen sind, das zeigt der folgende an und für sich ganz unbedeutende Vorfall besonders deutlich: Die belgische Postverwaltung hat ihren Postbüros auf Neujahr zwei Wandkalender für 1932 zugestellt, die zum öffentlichen Aushang bestimmt sind. Die Poststellen im flämischen Landesteile erhielten einen französischen und einen flämischen Kalender, die Poststellen im französischen Landesteile und im deutschen Gebiet von Eupen-Malmédy nur eine französische Ausgabe. Man sieht, daß die obersten Behörden in Belgien immer noch der Meinung sind, daß das Französische die allgemeine Landessprache sei, während die Sprache der Mehrheit der Bevölkerung, das Flämische oder Niederländische, nur so nebenbei in Betracht komme!

Diesem kleinen Zug entsprechen immer noch im großen Ganzen die Verhältnisse in der ganzen Verwaltung. Die Spitzen sind überall französisch und sie drücken dem von ihnen geleiteten Apparate eben den französischen Stempel auf. Die flämischen Zeitungen sind gerade jetzt voll von Klagen über diese Einstellung der Verwaltung. Da werden im flämischen Gebiet nur französische Wegweiser angebracht. Da weigert sich ein Richter an einem Gerichtshof mitten im flämischen Lande, einen Advokaten in flämischer Sprache plädieren zu lassen. Da stellt es sich heraus, daß flämische Truppeneinheiten von Offizieren kommandiert werden, die ihre Sprache überhaupt nicht verstehen und daß in den Militärspitälern die Ärzte die flämischen Soldaten nur durch einen Dolmetscher behandeln können. Da werden an flämische Hochschulstellen Professoren ernannt, die nur ganz wenig flämisch sprechen können. Und so setzt sich die Reihe dieser Klagen ununterbrochen Tag für Tag fort. Man mag alle diese Dinge Kleinigkeiten nennen, aber diese Kleinigkeiten kennzeichnen das ganze System!

Dabei sind natürlich noch weit schwerwiegendere Klagen vorzubringen, die wirklich nicht nur eine Benachteiligung, sondern eine Gefährdung des flämischen Volkstums darstellen. In Brüssel und seinen Vororten, wo die flämische Bevölkerung überall einen starken Bruchteil, wenn nicht die Mehrheit der Einwohnerschaft ausmacht, gibt es viele Gemeinden mit Hunderttausenden von Einwohnern, die keine einzige öffentliche flämische Schulklasse besitzen. Im Rechtswesen sind immer noch weite Teile von Gesetzes wegen ganz französisch eingerichtet. Die Armee ist in ihrer innern Dienstsprache rein französisch. Die Mittelschulen erteilen auch in den flämischen Klassen einen wesentlichen Teil der Stunden in französischer Sprache. Und so könnte man mit dem Aufzählen immer weiter fortfahren, ohne an ein Ende zu kommen.

Ist es unter solchen Umständen verwunderlich, daß da die Abkehr von einem solchen Staate überhand nimmt? Doch sicher nicht; eher könnte man sich darüber wundern, daß es bis zu dieser Abkehr so lange und so viel gebraucht hat. Jetzt aber scheint diese Strömung in der flämischen Masse rasch zu wachsen. Man erkennt das an dem Anschwellen des politisch organisierten flämischen Nationalismus. Er zerfällt zwar in die verschiedensten Schattierungen, von den Föderalisten, die bloß die Selbstverwaltung der flämischen Provinzen im Rahmen des belgischen Staates wünschen, bis zu den Separatisten, die ein unabhängiges Flandern und Verbindung mit den Stammesgenossen in Holland, also ein Großniederland, anstreben. Zwar hat schon lange keine Kraftprobe des flämischen Nationalismus mehr stattgefunden, wie sie ein Wahlgang jeweilen mit sich bringt, aber trotzdem gewinnt man den Eindruck von einem raschen Fortschreiten der Bewegung. Diese treibt eine unermüdliche Agitation und Organisation. Zu den politischen Gruppierungen kommen jetzt die Jugendbünde, die „Vlamsche Wachten", es kommen dazu die Turnvereine, die Gewerkschaften und Kranken- und Arbeitslosenkassen. Auch die Presse der Nationalisten breitet sich aus. Vor allem aber flutet die Jugend nach dieser Richtung ab. Die Studenten, die Mittelschüler gehören in das nationalistische Lager und zwar in einem solchen Ausmaß, daß bei den alten großen Parteien die jungen Führer zu fehlen beginnen. So sind z. B. von der großen und mächtigen, scheinbar ehern gefügten Katholischen Partei Stimmen in aller Öffentlichkeit laut geworden, die in gewissen flämischen Landesteilen, vor allem in Westflandern, ein völliges Verschwinden der Partei befürchten. Das will wahrlich viel sagen!

Nun stehen im Herbst in Belgien die Gemeindewahlen bevor und da wird man wahrscheinlich allerlei Überraschungen erleben. Wahrscheinlich wird der Einfluß der Nationalisten in den Gemeindevertretungen des flämischen Landes sehr stark wachsen. Vor Parlamentswahlen gar haben die alten Parteien einen gewaltigen Abscheu; offenbar ist ihnen nicht recht wohl zu Mute. Dafür legt auch die lebhafte Betriebsamkeit in der Sprachengesetzgebung Zeugnis ab, die seit einigen Monaten

herrscht. Offenbar geben sich die Parteien Rechenschaft darüber, daß ein weiteres offenes Sperren gegen die Wünsche der Flamen zur Katastrophe führen müßte. Ein ernstes Sturmzeichen ist es schon, daß seit einiger Zeit die Zahl der flämischen Dienstverweigerer rasch anwächst und auch mit drakonischen Urteilen nicht einzuschüchtern ist. Das ist der Beginn des offenen Widerstandes gegen den Staat.

So ist denn die Regierung daran gegangen, eine ganze Reihe von Sprachengesetzen einzubringen. Ein Gesetz über den Volksschulunterricht, eines über den Mittelschulunterricht, eines über die Sprachen im Rechtswesen und eines über die Sprachen in der Verwaltung liegen schon ausgearbeitet und teilweise bereits vom Parlament beraten vor. Kommissionen und beide Kammern selbst ergehen sich in endlosen Beratungen über die Sprachenfrage. Kurz, die Gesetzesmaschine ist in der Flamenfrage in rascheste Bewegung gekommen. Zweifellos bringen auch die vorliegenden Entwürfe mancherlei Fortschritte für die Flamen. Sie machen jedoch gerade an den entscheidenden Punkten vor dem Widerstande der Wallonen Halt. Es ist so zwar heute noch nicht abzusehen, was die verschiedenen Gesetzentwürfe den Flamen schließlich alles bringen werden; das aber kann man ganz ruhig schon heute sagen, daß sie weder alle flämischen Wünsche befriedigen, noch alle Klagen beseitigen werden. Das wäre in vollem Umfange auch sehr schwierig, ja unmöglich, da die Gemüter sich in dem langen Kampfe zu sehr erhitzt haben. Aber tatsächlich vermißt man überall die durchgreifenden Lösungen, die wirklich neuen Boden schaffen könnten. Man behilft sich mit dem Auflegen von immer neuen Flicken, mit Kompromissen, die niemand befriedigen können, mit dem Ausweichen vor den Hauptschwierigkeiten. So wird die Stoßkraft des flämischen Nationalismus auch bei der durchgehenden Verwirklichung aller Entwürfe keine Einbuße erleiden. Die Sprachenschwierigkeiten des Landes werden nicht aufhören, sondern wahrscheinlich nur um so erbitterter werden.

Es sei hier nur ein Beispiel gestreift; es handelt sich um die Flämisierung der staatlichen Verwaltung. Darüber besteht schon lange ein Gesetz, das auf dem Papier sehr schön aussieht. Es wurde aber einfach nicht durchgeführt, da keine Zwangsmaßnahmen und keine Strafen für seine Übertretung vorgesehen waren. Jetzt kommt auch hier ein neues Gesetz. Es sieht noch schöner aus und läßt vielleicht auf dem Papier durchaus nichts mehr zu wünschen übrig, aber auch hier hat man keine Durchführungsmaßnahmen vorgesehen, da die Widerstände der Beamten zu groß waren. Damit wird das schöne Gesetz in der praktischen Durchführung völlig versagen, es wird von der französischen Beamtenschaft einfach völlig sabotiert werden. So aber werden die tausenderlei Reibungen jedes Tages andauern und durch tausende von Einzelfällen und Einzelerfahrungen jedes Tages wird der flämische Nationalismus immer neue Nahrung erhalten.

Hier in Belgien wirkt sich eben der von Frankreich her übernommene Zentralismus und die Allmacht des Beamtentums gerade in der Sprachenfrage aufs verhängnisvollste aus. Jeder natürlichen Entwicklung ist ein unübersteigbares Hindernis in den Weg gesetzt und die Bureaukratie scheint geradezu darauf auszugehen, die Leidenschaften durch ihre herausfordernd ungeschickte und brutale Haltung immer weiter anzufachen. Durch kleinliche Schikanen und Plackereien, durch die Anwendung der schroffsten Gewalt in den unnötigsten Fällen suchen die Machthaber einer geistigen Bewegung Herr zu werden. Sie machen dadurch die Lage unhaltbar. Es wirkt sich so das Fehlen einer wahren Demokratie und einer vernünftigen Selbstverwaltung auf der ganzen Linie aus. Und gerade hier will man um keinen Preis einen Schritt nachgeben, sondern wehrt sich bis zum Äußersten. Einem derart verknöcherten und unfruchtbar gewordenen Staatswesen kann man wirklich nicht mehr viel Zukunft zutrauen.

Aarau, den 26. Januar 1932.

Hektor Ammann.

Französischer Brief.

I.

Es kann in einem Lande, das alle vier Jahre einmal demokratisch ist, nicht besonders wundernehmen, wenn an diesem Zeitpunkt die gesamte innere und ein großes Stück der äußeren Politik von halb- oder ganzbewußten Wahlrücksichten beherrscht erscheint. Und da hier im Hinblick auf das Endergebnis das Wie?, die Form der Wahlen eine entscheidende Rolle spielt, entbrannte zunächst der Kampf um das Wahlgesetz, das in Frankreich immer von Fall zu Fall, dem Vorteil der jeweiligen Mehrheit entsprechend, aufgestellt zu werden pflegt. Das gegenwärtig geltende beruht auf dem Mehrheitsprinzip mit Kreiswahlen, wobei diese Kreise ganz willkürlich abgegrenzt sind; die Mehrzahl der Abgeordneten entfällt auf den wenig bevölkerten Süden, dessen parlamentarischer Einfluß somit viel größer ist, als ihm gemäß seiner Einwohnerziffer zukäme. Da die Vertreter des sonnigen Midi zugleich die besten Redner sind und über eine ausgezeichnete zwischenparteiliche Organisation verfügen, kann an eine tiefgründige Reform vorerst nicht gedacht werden; so verfiel denn die gegenwärtige Rechtsmehrheit, deren Furcht vor einem neuen Kartell der Linken groß ist, unter dem Einfluß des schlauen Mandel auf den Gedanken, dem Majoritätsprinzip wenigstens im ersten Wahlgang einen kleinen Schlag zu versetzen. Statt 50 v. H. der abgegebenen Stimmen sollten 40 v. H. genügen, was in den meisten Fällen den austretenden Abgeordneten zugute kommen und eine Stichwahl überflüssig machen mußte. Die Regierung Laval, die wie die meisten Kabinette nur auf ihren Bestand bedacht ist, erklärte sich sofort mit dem seltsamen Vorschlag einverstanden, der ihr mit fast mathematischer Gewißheit eine Mehrheit sicherte; unter den Radikalen waren gar manche schwankend, und nur die Sozialisten sagten von vornherein wütenden Kampf an. Die Entscheidung konnte also nicht zweifelhaft sein: da trat eines jener unvorhergesehenen Ereignisse ein, die auch die feinsten Berechnungen über den Haufen zu werfen pflegen, und zu deren genauem Verständnis die bisherigen Beziehungen zwischen den Sozialisten und den Radikalen dargelegt werden müssen. Sie hatten sich nach den letzten Poincarérwahl immer so gestaltet, daß der eigentliche Kartellgedanke nur noch in den Köpfen von wenigen Doktrinären sein Dasein fristete; praktisch hatte er, selbst als sich die Radikalen nach dem Kongreß von Angers auf den aventinischen Hügel zurückgezogen, jede Zugkraft verloren, und die Sozialisten bemühten sich, ihren ehemaligen Bundesgenossen ad oculos zu beweisen, daß sie eigentlich nur mehr ein fossiles Dasein führten. Praktisch geschah dies so, daß sie bei allen Ersatzwahlen auch im zweiten Gange ihre Kandidaten beibehielten, ungeachtet der berühmten „republikanischen Disziplin", die verlangte, daß die Stimmen sich auf den meistbegünstigten Linkskandidaten vereinigten. Auf diese Weise eilten die Radikalen von Niederlage zu Niederlage; siegreich drangen die Sozialisten in ihre sichersten Hochburgen ein, das „Rückgrat der Republik" schien von unheilbarer Schwindsucht befallen zu sein: unter solchen Umständen konnte es nicht wundernehmen, daß die Partei Waldeck-Rousseaus Anschluß nach rechts suchte, wo man ihr durch schlau berechnete Wahlunterstützung der Sozialisten den Teufel geradezu an die Wand gemalt hatte. Schon sprach man von einer „Konzentrationsregierung" und von „Konzentrationswahlen", etwa nach dem Muster der horizontblauen Kammer vom November 1919: da schuf die Ersatzwahl von La Réole eine völlig neue innerpolitische Lage. In diesem Kreisort des Gironde-Departements stand, wie fast überall, ein Radikaler gegen einen Sozialisten, welch letzterer im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten hatte. Für die Stichwahl hatten die Gemäßigten dem Radikalen ihre Unterstützung versprochen: aber es geschah das Merkwürdige, daß die Sozialisten ihren Kandidaten zurückzogen und ihre sämtlichen Stimmen auf den Radikalen vereinigten, wodurch die Rechte gezwungen wurde, das Wahlbündnis zu brechen und ihren eigenen Be-

werber vorzuschicken, der gegen das Kartell natürlich unterlag. Von diesem Augenblicke an war eine neue Lage geschaffen, und unter dem Beifall der gesamten Opposition konnte der radikale Führer Daladier von der Kammertribüne herab erklären, er kenne keine Sozialisten mehr und keine Radikalen, sondern nur mehr eine Linke schlechthin, die gegen die Reaktion unter der gleichen Fahne kämpfe.

Das Schicksal der Mandel'schen Wahlreform war damit besiegelt: sie unterlag ruhmlos in einer der vielen Hundert Abstimmungen, die darüber von der Linken erzwungen wurden, und die Regierung Laval beeilte sich, rechtzeitig ihre Nadeln aus dem Spiel zu ziehen. Im übrigen hatte es die Opposition nicht sehr eilig, trotz der täglich erneuten Schlachtrufe, das Kabinett zu stürzen: es schien vielmehr, als ob sie nicht die geringste Lust verspürte, vor den allgemeinen Wahlen eine Krisis heraufzubeschwören, deren Lösung ja auch ihre Kräfte weit überstiegen hätte. Daher erlebten wir während der ganzen außergewöhnlichen Session das merkwürdige Schauspiel, daß jedem Angriff sofort der Rückzug folgte, daß die entscheidendsten Vorteile unausgenützt blieben, daß selbst die Sozialisten ängstlich darauf bedacht schienen, ihre Siege nicht allzu vollständig zu gestalten. Da war zum Beispiel der Sozialist Vincent Auriol, der den Finanzminister Flandin über die Ungarn bewilligten Vorschüsse befragte: die Antwort klang so ausweichend und zeugte von einem solch schlechten Gewissen, daß die Regierung auf der Stelle gestürzt worden wäre — wenn eben die Sozialisten eine sofortige Abstimmung verlangt hätten. In einem andern Falle war es Léon Blum selber, der mit hochherziger Geste dem Kabinett den Rettungsgürtel reichte. Die Bank von Frankreich hatte durch den englischen Pfundsturz das runde Sümmchen von zweieinhalb Milliarden verloren und ersuchte die Regierung um Deckung: denn aus politischen Gründen war diese bei der Bank um die Belassung ihrer Pfundforderung in London eingekommen und hatte so den Verlust direkt verursacht. Die Kammer bewilligte den nicht unerheblichen Betrag, wollte dafür jedoch einige Aufklärungen über den Posten „Verschiedenes" haben, in dem die Bank ihre politischen Operationen zu verstecken pflegt. Die Regierung weigerte sich, und die neue Konvention wurde trotzdem gutgeheißen: als jedoch ein paar Tage später die mächtige Senatskommission die gleiche Forderung stellte, gab der Finanzminister nach, und es kam über dem Gesetzestext zu einem schweren Konflikt zwischen der Regierung und den Kammersozialisten, die sie eines offenen Verfassungsbruches beschuldigten. Léon Blum interpellierte persönlich: es war in einer der gefährlichen Nachtsitzungen, wo die Gemüter ohnehin überhitzt sind, und ein „Votum auf der Tribüne", das die persönliche Anwesenheit des Abstimmenden fordert, mußte den Sturz des Kabinetts bewirken. Bereits flitzten die Regierungswagen durch ganz Paris, die Schläfer oder Zecher ins Palais Bourbon zu bringen: da ließ sich Léon Blum den winkenden Sieg freiwillig entreißen, das Votum wurde auf den kühlen Morgen verschoben, die Regierung Laval war gerettet!

Es klingt merkwürdig, entspricht aber doch den Tatsachen: manchmal hatte es den Anschein, als ob die eigene Mehrheit eher Lust zu einer Kabinettskrise verspürte, als die schwankende Opposition. Hier treten wir an das Problem Briand heran, das nach wie vor die innere französische Politik viel stärker noch als die äußere beherrscht und auch jetzt, nach dem Ausscheiden dieser vielumstrittenen Persönlichkeit, von einer endgültigen Lösung weit entfernt ist. Briands Fehler war gewesen, daß er nach seiner Niederlage bei der Präsidentenwahl nicht, wie er in Genf angekündigt, den „Pilgerstab" ergriffen und als „Apostel des Friedens" Frankreichs alte Provinzen durchzog. Denn es war klar, daß den Nationalisten der gleiche Schlag gelungen war wie 1912, wo der Kassandraruf Jaurès' „Poincaré, c'est la guerre" erklang, und der Mann auf der Straße hätte noch viel aufmerksamer gehorcht als im Februar 1924, wo Briand in Carcassonne zum Sturm gegen die Ruhrkriegspolitik des gleichen Poincaré blies. Statt

dessen verblieb er als Gefangener in einem nationalistisch gestützten Kabinett, vergrub sich in die „Höhle" des Quai d'Orsay, zu dem schließlich selbst die fremden Diplomaten nicht mehr den Weg fanden, spielte die demütigende Rolle eines Unterstaatssekretärs, der über die wichtigsten Verhandlungen nicht einmal unterrichtet wurde; mußte dulden, daß statt seiner Lavals kleine Tochter den Ministerpräsidenten nach den Vereinigten Staaten begleitete, und die entscheidenden Besprechungen mit dem Reichskanzler Brüning am Beauvauplatz stattfanden, wie wenn Frankreich überhaupt keinen Außenminister hätte! Dazu kamen die täglichen, wütenden Angriffe in einer Presse, die offenkundig von Regierungsgeldern gespeist wird und als Stütze der Mehrheit gilt; die Schmähungen durch die eigenen Ministerkollegen — der Journalist Sanvoisin, dessen Ehrlichkeit außer Zweifel steht, berichtete jüngst noch über eine Unterredung mit dem verstorbenen Kriegsminister Maginot, wobei dieser zweimal ausrief: „Briand ist ein Verräter, ich beschwöre es!" Briands Haltung erscheint umso unverständlicher, als sein Verbleiben im Kabinett in keinerlei Weise Frankreichs Außenpolitik entscheidend beeinflussen konnte: was man als „Briandismus" bezeichnet, ist in allen wesentlichen Punkten längst tot, und gerade vom innerpolitischen Standpunkt aus, von dem hier die Rede geht, mußte ein solches Anklammern an eine rein fiktive Macht die größten Gefahren in sich bergen. Die Linke wurde dadurch gezwungen, das Kabinett Laval selbst für den Fall, wo es nicht in ihrem Interesse gelegen wäre, über Gebühr zu schonen, und die Nationalisten schliffen ihre Waffen in einem Kampfe, der nur zu ihren Gunsten endigen konnte. Es mußte Briands und der gesamten Linken Vorteil sein, so auszuscheiden, wie er eben ausgeschieden ist, nur viel früher: nämlich ohne Sturz des Kabinetts, der schließlich doch auch sein Sturz gewesen wäre. Daher zögerte der kluge Taktiker Laval bis zum äußersten Ende, dem stürmischen Verlangen der Rechtsmehrheit stattzugeben: „Briand drinnen ist weniger gefährlich als Briand draußen," pflegte er zu sagen, und die Ereignisse werden zeigen, daß er Recht hatte. „Wie groß er ist!" rief der König Heinrich der Dritte vor dem ermordeten Herzog von Guise im Schlosse zu Blois aus; das gleiche Wort trifft für den alten, aber keineswegs resignierten Mann zu, den man am Vorabend der allgemeinen Wahlen unvorsichtigerweise in Freiheit gesetzt hat. Der „Briandismus" als außenpolitisches System mag tot sein — die Frage wird uns sofort beschäftigen —: als mystisches Symbol jedoch lebt er weiter, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird sich dessen Macht bei den französischen Massen bald schon geltend machen.

II.

Mit dem Bankrott der Briand'schen Friedensideologie, die ebenso sehr an ihrer Halbheit, ihrer innern Unwahrhaftigkeit wie an der wütenden Gegnerschaft des französischen Nationalismus und den Zeitumständen scheitern mußte, wurde in erster Linie Locarno ein Papier ohne Geist, ein diplomatisches Instrument ohne Leben, ohne organisches Wachstum. Wie so viele andern Pakte, so hatte auch Locarno nur dann einen Sinn, wenn dessen Sanktionen nie verhängt zu werden brauchten: wenn mit andern Worten ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland für alle Zeiten ausgeschlossen war. Die weltpolitischen Vorgänge und Reaktionen sind immer die gleichen: Als Frankreich in Versailles statt eines Versöhnungsfriedens einen Haßfrieden schuf, verweigerte Amerika die zugesagte Garantie, und als der Geist von Locarno tot war, verkündete Mac Donald, England werde nie mehr an einem Festlandkrieg teilnehmen. Pakte führen immer nur ein positives Dasein und werden zu wertlosen Papierfetzen, sobald sie sich rein negativ auswirken müssen. Frankreichs diplomatische Bemühungen gingen in den letzten Monaten dahin, eine neue Politik der großen Bündnisse einzuleiten, die als Ersatz für Locarno gelten soll; von diesem Bestreben aus sind eine Reihe von wichtigen Verhandlungen zu erklären, deren Ergebnis das Antlitz Europas wesent-

lich verändern dürfte. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Erkenntnis, daß die bisherigen Verbündeten Frankreichs unter den Randstaaten Sowjetrußlands, Polen und Rumänien, keinerlei politische und diplomatische Bewegungsfreiheit besitzen können, solange ihr territoriales Statut nicht staatsrechtlich anerkannt ist. Was besonders Polen angeht, so erkennt Rußland durch das Abkommen von Riga (18. März 1921) zwar eine bestimmte Grenzlinie an, doch hält es bis heute die Wilna betreffende Einschränkung aufrecht, ebenso wie die ostgalizische Frage einen beständigen Gefahrenherd für die Warschauer Gewaltherrscher darstellt. Noch mißlicher ist die Lage Rumäniens, das mit Moskau eigentlich nur durch die dünnen Fäden des Moskauer Protokolls (9. Februar 1929) verbunden ist; die bessarabische Frage hat bis jetzt jede Annäherung verhindert, und es besteht auch im Verlaufe der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen dem Fürsten Ghika und den russischen Bevollmächtigten sehr wenig Aussicht auf eine Lösung. Um die Gesamtheit der Ostbesprechungen in Fluß zu bringen, unterzeichnete der politische Direktor am Quai d'Orsay, Philippe Berthelot, im August 1931 zusammen mit dem Sowjetbotschafter Dowgalewsky den Entwurf eines Abkommens, das inzwischen durch Indiskretion seinen Weg in die nationalistische Presse fand und nicht wenig zum Sturze Briands beitrug: seltsam genug, daß der Stein des Anstoßes gerade jener war, der zu den Grundmauern eines neuen, Locarno schroff entgegengesetzten politischen Systems dienen sollte! Denn es steht außer Zweifel, daß, von den wirtschaftlichen Wünschen Frankreichs abgesehen, der Entwurf Berthelot in erster Linie das Ziel verfolgt, die zwischen Moskau und Berlin bestehenden Bande zu lockern und dem vereinsamten polnischen Bundesgenossen Luft zu verschaffen. Daß dabei allerdings in Paris ein doppeltes Spiel gespielt wird, geht schon aus der merkwürdigen Tatsache hervor, daß trotz der völkerrechtlichen Anerkennung der Sowjetrepubliken immer noch ein diplomatischer Vertreter Georgiens in Paris regelrecht akkreditiert ist, und daß dieser Diplomat, gegenwärtig Herr Akaki Tschenkeli, am 1. Januar als Mitglied des Korps dem Präsidenten der Republik seine Glückwünsche darbrachte.

Aber selbst die stärksten Bindungen und Sicherungen im europäischen Osten vermögen Frankreich nicht restlos zu befriedigen: bei der alten wie der neuen Quai d'Orsayschule ist der Geist Delcassés lebendig, der die „Entente cordiale" mit England als notwendige Ergänzung jeder europäischen Bündnispolitik fordert. Daher der „Kampf um London", den die französische Diplomatie gegenwärtig unter Aufwand stärkster Mittel führt, und der im Grund ebenfalls auf eine Verneinung von Locarno hinausläuft; denn die italienische Garantie scheidet nach Lage der Dinge von selber aus, und die englische Neutralitätserklärung im Konfliktfalle läßt höchstens noch eine diplomatische Unterstützung durch das Londoner Kabinett zu, was Frankreich wahrscheinlich auch genügen würde. Erneut hat ja der Völkerbundsrat den Beweis für seine absolute Unfähigkeit erbracht, den Angreifer zu bestimmen, und man hatte nicht einmal den Mut, auf den entscheidenden Covenantartikel 15 zurückzugreifen: da das Schicksal von Locarno letzten Endes bei dem gleichen Völkerbundsrat ruht, wird Frankreich nicht verfehlen, im Verlaufe der kommenden Abrüstungsverhandlungen auf den mehr als zweifelhaften Wert dieser „Sicherheit" hinzuweisen. Allerdings wäre unter solchen Umständen Deutschland zur Antwort berechtigt: daß es in diesem Falle durch sein entwaffnetes Rheinland noch viel weniger geschützt ist, und daß die Entmilitarisierung seiner empfindlichsten Grenze angesichts des waffenstarrenden Ringes, den Frankreich auf der ganzen Linie gezogen, eine schwere nationale Gefahr bedeutet. Aber es erhebt sich die Frage, ob Frankreich in Genf überhaupt den Begriff der „Sicherheit" auf andere Nationen ausdehnen will und ihn nicht als eine Art Monopol betrachtet, wie so viele andere nützliche Dinge? Der Name des Kriegsministers André Tardieu als erster Vertreter Frankreichs bietet die Gewähr für einen starren

Nationalismus, und der Mann, der als Ministerpräsident von öffentlicher Kammertribüne herab erklärte, der Artikel 19 der Völkerbundsatzungen könne auf die gegenwärtigen Grenzen der europäischen Staaten keinerlei Anwendung finden, ist wohl wie kein anderer geeignet, den Bankrott der Abrüstungskonferenz zu sichern. Denn außer dem unbestimmten, dehnbaren, in seinem Wesen verlogenen Begriff der „Sicherheit" gibt es in der berühmten Trilogie Herriots noch den des „Schiedsgerichts", deren Organisation die Abrüstung erst ermöglichen soll: nun aber gibt man sich in Kreisen, die dem Kriegsminister Tardieu nahe stehen, alle Mühe, um den Schiedsgerichtsgedanken in seiner gegenwärtigen Form zu entwerten, und zwar unter Hinweis auf die Urteile des Haager Hofes, die als „parteiisch" und „beeinflußt" hingestellt werden. Ein radikales Abendblatt, der Pariser „Soir", machte die sensationelle Enthüllung, die amtlicherseits unwidersprochen blieb, daß nämlich der Richter, der durch seine Haltung die französische These in der Anschlußfrage wenigstens zum Teil rettete, diese „Gefälligkeit" durch das französische Versprechen der freien Hand Japans in der Mandschurei erwies, und daß ohne eine solche diplomatische Intervention der Anschlußgedanke im Haag triumphiert hätte! Man weist auf andere Erkenntnisse hin, so etwa in der „Lotus"frage, in der Zonenangelegenheit: nie habe Frankreich vor dieser Instanz „Recht" bekommen, und es sei im höchsten Grade bedenklich, lebenswichtige Angelegenheiten wie etwa die Interpretation des Youngplanes, wie von mehreren Seiten angeregt war, dem Hofe zu unterbreiten. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß auch dieses Glied der berühmten Trilogie, das bald an die erste, bald an die zweite Stelle gesetzt wurde, praktisch keinen größeren Wert besitzt als den einer rednerischen Floskel, zumal trotz aller „Generalakte" und „Fakultativklauseln", deren Ratifizierung man mit großem Stolz verkündet, die rein politischen Streitfragen der Zuständigkeit des Hofes entzogen sind. Wir kommen damit auf die Grund- und Kardinalfrage zurück, um die herum der Kampf sich immer schärfer zuspitzt, und die schließlich am Anfang wie am Ende aller französischen wie europäischen Politik steht: das Versailler System, das kürzlich noch, ohne es zu nennen, der französische Ministerpräsident Pierre Laval in seiner Regierungserklärung mit den allgemeinen Worten „Recht", „Pakte", „Konventionen" umschrieb. Es ist in dürren Sätzen das gleiche, was der radikale Führer Herriot in seiner pathetischen Weise hinausschrie, was der Sozialist Paul-Boncour nicht müde wird, zu betonen: Frankreichs „Recht" ist die Unwandelbarkeit von Versailles, ein Begriff, an dem die Welt zerschellen wird, wenn nicht in letzter Minute die Einsicht kommt. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß an der Schwelle dieses Jahres der Endkampf beginnt: es wird deshalb schicksalhaft sein, wie kaum eines zuvor.

Paris, Ende Januar 1932.

A. Pütz.

Kultur- und Zeitfragen

Sklaven der Zeit.

Zeit ist Geld, muß Geld bringen, jede Stunde, Minute und Sekunde.

Unangreifbar wie ein Naturgesetz steht diese wirtschaftliche Weisheit über den letzten Jahrzehnten. Der rückschauende Blick hat den Eindruck eines Schwungrades, das sich immer schneller dreht, immer höhere Geschwindigkeiten erreicht, angetrieben von der Sucht, in jede Sekunde so viele Umdrehungen als möglich hineinzupressen. War einst die Stunde das Maß der Tage, so wurde es die Sekunde, aufgespalten und zersplittert in Zehntel, Hundertstel und Tausendstel.